

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 22 (1932)

Heft: 52

Rubrik: Weltpolitische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ist das Versicherungsgefecht in der Volksabstimmung vom 6. Dezember vorigen Jahres gefallen. Man darf am Volksverdikt nicht rütteln, sondern hat sich als guter Demokrat zu führen.

Was wird die Zukunft bringen? Die Lage der Bundesfinanzen ist ungünstig. Das Budget des nächsten Jahres schließt mit einem Defizit von 71 Millionen Franken, nicht inbegriffen die 10—15 Millionen Franken, welche die Unterstützung der Landwirtschaft erfordert. Dazu kommt das Defizit der Bundesbahnen. Die Eidgenossenschaft muß daher neue Einnahmequellen von rund 100 Millionen Franken suchen. Der Gedanke liegt nahe, vorübergehend auf das Tabak- und Alkohol- und Beschlag zu legen, das 40 Millionen Franken, mit der Zeit vielleicht mehr, ergeben wird. Da eine Versicherung nicht bald kommen wird, sollten einstweilen, sagen wir für 5 Jahre, etwa 60 Prozent der Einnahmen aus Tabak und Alkohol für die Krisenaufwendungen des Bundes in Anspruch genommen werden. Von den übrigen 40 Prozent würde die eine Hälfte in den Versicherungsfonds fließen und die andere für Altersfürsorge verwendet werden.

Wie ist die Lage der Stiftung? Motta hofft, daß ein Teil dieser 7—9 Millionen Franken der Stiftung „Für das Alter“ zugewiesen werde. Er ist davon überzeugt, daß dieser Teil größer sein sollte als die bisherigen Fr. 500,000, da kein Geld so gut und so rationell verwaltet wird. Jeder staatlichen Einrichtung haftet etwas Bürokratisches an, während die Stiftung keine Bürokratie kennt. Das ihr anvertraute Geld schafft am meisten Gutes.

Weltpolitische Rundschau.

Weihnachten ohne Weihnachtsbäume.

Die Regierung von Angora hat in ihrem Lande die Weihnachtsbäume verboten. Begründung: die jungangepflanzten Wälder, die die Türkei so nötig hat, sind bedroht. Tieferer Grund wohl: die Weihnachtsbäume in mohammedanischen Häusern riechen verdächtig nach Christentum, erinnern an die anderthalb Millionen Armenier, deren Gebeine in den Geklüfteten des Taurusgebirges bleichen.

In Sowjetrußland wird am 24. und 25. Dezember auf Geheiß von oben gearbeitet. Wehe dem, der ein Bäumchen mit Kerzen schmückt! Millionen Kinder wissen hier nichts mehr vom lichtergeschmückten Weihnachtsbaum. Das „O du fröhliche, o du selige gnadenbringende Weihnachtszeit“ ist in dem weiten wälderreichen Russland längst verflungen, für wer weiß wie lange!

Wir Westlichen stehen vor diesem Haß der „Gottlosen“ gegen alles, was Kirche und Religion heißt, wie vor einem Rätsel. Doch nein. Die aus Sowjetrußland zurückkehrenden Reisenden, die in die antifürstlichen Museen in Moskau und Leningrad hineingeblickt haben, glauben diesen Haß verstehen zu können. Der goldene und vergoldete Krimskram aus den niedrigeren müssigen Kirchen ist hier zusammengetragen. Gehäuft sind hier zum Spotte der Aufgellärten die edelsteinübersäten Reliquien, die blöden Heiligenbildchen und Traktätlein, einst dem armen russischen Volke um gutes Geld vom wodkadustenden Popen verkauft. Gewiß, die orthodoxe Kirche der Zarenzeit mag ihr Schicksal verdient haben. Trotzdem ist und bleibt es ein Verbrechen an der noch heute gläubigen russischen Volksseele, an den Millionen um ihre poesievollsten Eindrücke betrogenen Kindern, daß man ihnen das Christkind und den Weihnachtsbaum geraubt hat.

Aber dürfen wir Westlichen pharisäerhaft an die Brust schlagen: Ich danke dir, Gott ...! Nein, und abermals nein! Hat nicht unser Wirtschaftssystem allein schon in den christlichen Ländern den dreißig Millionen Arbeitslosen die Freude am Christbaum, den Glauben an die „gnadenbringende Weihnachtszeit“ geraubt? Läßt es nicht weitere

Millionen unschuldiger Kinder am Heiligen Abend an leeren Tischen und in kalten Stuben sitzen, während gleichzeitig die Kinder der „Auserwählten“ nicht wissen, was sie mit ihrem Haufen kostbarer Spielsachen anfangen sollen? Nein, ein System, das Millionen darben und hungern, ja verbürgern läßt und gleichzeitig in Kanada den Weizen in die Oseen schaufelt, in Dänemark 15,000 Kühe zu Dünger zerholt und zermahlt, in Texas Berge von Baumwolle verbrennt und in Brasilien ganze Schiffsladungen Kaffee ins Meer versenkt, ein solches System verdient den Untergang ganz gleich wie der Zarismus in Russland.

Die Weihnacht der hohen Politik.

Die Genfer hohen Politiker sind in die Weihnachtsferien heimgereist. Viele werden zufriedenen Gemütes, andere etwas bedrückt ihre Gans essen. Matsukō, der Japaner, lächelt sein schlaues Lächeln: der „Versöhnungsversuch“ des Neunjahrskomitees und der Fünferkommission in der Manduschkfrage ist gescheitert, die Angelegenheit bis nach Neujahr vertagt. Inzwischen werden die Generale in der Nord- und Westmandschurei mit den „Rebellen“ gründlich abgerechnet haben, der Vormarsch nach Peking ist vorbereitet. Jen, der Chines, sitzt mit Litwinow, dem russischen Delegierten in Genf, über einem Nichtangriffsplan zusammen. Dunkle Fäden werden gesponnen, die sich am Licht der Sonne einst als Schicksalsketten für die leidgeprüften Völker des Ostens erweisen werden. — Die Völkerbundsmänner, die den streitenden Balktmitgliedern im Gran Chaco zureden sollten, sind kaum zufrieden mit sich selbst. Denn dort sind die Bolivianer, mit ihrem Preußengeneral im Rücken, dem Gegner wieder an die Gurgel gefahren. Hier melancholischer Winternebel, dort menschenmordende Tropensonne. — Und schon warten dem Völkerbund zu den ungelösten neuen Aufgaben: Persien hat England einseitig den Petroleum-Vertrag gekündet, der die britische Asienslotte mit billigem Brennstoff versehen muß und darum für das Imperium lebenswichtig ist. Da sich die Regierung von Teheran unmachig zeigt, hat London die Angelegenheit vor das Genfer Forum gebracht.

Von den europäischen Staatsmännern wird Herricot die geruhigste Weihnachten haben. Er kann zusehen, wie sein ehemaliger Kriegsminister und derzeitiger französischer Ministerpräsident Paul Boncour die Sache mit Amerika und Europa deichselt. Amerika will in der Kriegsschuldenfrage mit sich reden lassen. Sein erster Zorn gegen die renitenten europäischen Schuldner ist verflogen. Eine Hertulesarbeit steht Hoover noch bevor: diesen Augiasstall der Verschuldung und Verstridung auszumisten. Roosevelt sieht lächelnd zu; er will dem andern die Verantwortung für die selbst eingebrochene Suppe nicht abnehmen.

Reichskanzler v. Schleicher hat arbeitsreiche, aber doch entlastete Weihnachtsferien. Das vertagte Parlament stört ihn nicht. Hitler hat im Braunen Hause mit Aufräumen und Neueinrichten zu tun, seitdem Gregor Straßer und Fritz Federn ausgewichen sind. Die Genfer Angelegenheit, die v. Papens Draufgängertum verschüttete, ist wieder eingelenkt, Deutschland hat an der Fünfmonatkonferenz teilnehmen zu wollen. Einen neuen Wirtschaftsplan hält v. Schleicher nicht für nötig. Der v. Papensche soll modifiziert weitergeführt werden. Aber unverzüglich soll das Kolonisationswerk im Osten, für das 100 Millionen Mark ins Budget aufgenommen sind, in Angriff genommen werden.

Mussolini konnte kürzlich die neueste italienische Stadt, Littoria, einweihen. Sie steht auf dem durch Kanalisationen in den Pontinischen Sümpfen gewonnenen Neuland. In 500 neuzeitlich eingerichteten Häusern wohnen jetzt 10,000 glückliche Menschen. Glücklich? Sie haben wenigstens Brot und Arbeit und ein Heim.